

Stasi-Haftanstalt und Gebäudekomplex auf dem Lindenberg Als Erinnerungsort ungeeignet?

Bericht zur Diskussion am 24.11.2021 in der Ev. Kirchengemeinde St.
Michael

Am 24. November 2021 nahmen etwa siebzig Bürger:innen und Expert:innen auf Einladung von zeitlupe (RAAMV), der Stadt Neubrandenburg und der Hochschule Neubrandenburg die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über die Zukunft der ehemaligen Haftanstalt der DDR-Staatssicherheit und über Möglichkeiten und Potentiale der Erinnerung an DDR und Staatssicherheit in Neubrandenburg wahr.

Der Lindenberg – „schwieriger Zeuge“ mit transformativer Kraft

Elena Demke, politische Bildnerin und Expertin für DDR-Aufarbeitung und partizipative Forschung, eröffnete den Abend mit einer Vorstellung des Gebäudekomplexes als eines „schwierigen Zeugen“, der dem Landesdenkmalschutz nur bedingt als schützenswert erscheine und wegen seiner marginalen Bedeutung (das Gefängnis wurde erst 1987 in Funktion genommen) den DDR-Repressionsapparat scheinbar nicht deutlich genug veranschauliche. Demke sprach sich dafür aus, dass jedoch gerade dem gesamten Gebäudekomplex als Bürokratienkomplex ein großes kreatives Lern- und Aufarbeitungspotential innewohne und schlug vor, die Diskussion um das Gefängnis als Anlass für lebendige Erinnerungsdebatte rund um die Themen (DDR-)Repression, (Stasi-)Bürokratie und gesellschaftliche Partizipation zu nehmen. Statt wenig zufriedenstellender Kompromisse für ehemalige Betroffene ermögliche die Debatte um den Gebäudekomplex einen gemeinsamen kollaborativen Prozess der Grenzüberschreitung, an dessen Beginn die Bereitschaft der beteiligten Akteure zur Selbstreflexion und zum Veränderungswillen stehe. Die Erinnerung an diesen staatsbürokratischen Ort zu bewahren, erfordere von allen Interessengruppen um den Lindenberg, insbesondere von den heute in Neubrandenburg arbeitenden Verwaltungsbehörden der Stadt und des Landes eine (selbst-)transformierende Kraft. Im Anschluss zeichnete *Bianka Bülow*, Mitarbeiterin der Stadt Neubrandenburg für Gedenkarbeit, die Entstehung und die gegenwärtige Lage des Staatssicherheitskomplexes auf dem Lindenberg für die Gäste der Veranstaltung nach.

Erfahrungen Betroffener ernstnehmen und überliefern

In der von *Dr. Constanze Jaiser* (zeitlupe, RAAMV) und *Prof. Júlia Wéber* (Hochschule Neubrandenburg) moderierten Diskussion ergriffen dann zunächst *Hugo Diederich* vom Verband der Opfer des Stalinismus und der stellv. Landesbeauftragte für die DDR-Aufarbeitung *Burkhard Bley* das Wort und betonten, dass die DDR-Diktatur dann gut und sinnvoll erinnert werde, wenn die Erfahrungen Betroffener und ehemaliger Inhaftierter ernstgenommen, sichtbar gemacht und dauerhaft überliefert würden.

Junge Menschen in eine generationenübergreifende Erinnerung einbeziehen

Jochen Schmidt von der Landeszentrale für politische Bildung ergänzte dazu, dass eine solche dauerhafte Erinnerung auch junge Menschen in die Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR bringen müsse. Auch *Katrin Engel* vom Erinnerungsort Töpferstrasse in Neustrelitz wies auf die

Wichtigkeit der generationellen Überlieferung von Zeitzeug:innen-Interviews und deren Berücksichtigung in der geschichtspädagogischen Arbeit hin.

Der Prozess ist wichtiger als das Ergebnis

Oberbürgermeister Silvio Witt merkte demgegenüber an, dass für eine nachhaltige Erinnerung an die DDR in Neubrandenburg eigentlich der Prozess wichtiger als das am Ende erzielte Ergebnis in Form von Denkmälern oder Gedenkstätten sei, und führte hierfür die städtische Debatte um die Wiederaufstellung des Karl-Marx-Denkmal an. In dem Prozess konnte, so Witt, ein offener und transparenter Austausch geführt werden.

Den Ort für die Gesellschaft öffnen

Mehrere Beteiligte auf dem Podium und im Publikum teilten die Auffassung, dass das Gelände der ehemaligen Haftanstalt und bis 2018 noch als JVA genutzten Gebäudes für Besucher*innen geöffnet werden müsse – wenn schon nicht dauerhaft, so doch anlässlich von Jahrestagen und zum Zweck von Gruppenführungen. Schmidt und Witt merkten an, dass sich sowohl das Land als auch die Stadt um eine solche temporäre Öffnung bemühten und dazu das Landesfinanzministerium, in dessen Besitz sich die ehemalige Haftanstalt befinde, kontaktiert werden müsse.

Von anderen lernen

Hugo Diederich verwies an dieser Stelle auf das Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz, wo es gelungen sei, aus einem zum Abriss freigegebenen Gebäude einen Lern- und Gedenkort mit neuem Nutzungskonzept herzurichten.

Den Komplex erforschen

Burkhard Bley wiederum merkte an, dass eine erfolgreiche pädagogische Erinnerungsarbeit eine gute Kenntnislage vor Ort voraussetze. Diese sei nicht gegeben, es bedürfe daher einer eingehenden Forschung zum Gebäudekomplex wie auch zum ab 1987 genutzten Gefängnis selbst.

Einen zukunfts-offenen und demokratischen Denkmalschutz wagen

Aus dem Publikum, das bereits früh über Wortmeldungen und über eine „stille“ Diskussion mit Notizen in die Debatte einbezogen wurde, kamen vermehrt Wortmeldungen zu einer früheren Einbeziehung ehemaliger Inhaftierter in die Erinnerungsarbeit sowie die Forderung an die Verwaltungsinstitutionen zur Realisierung eines vor allem gesellschaftlichen und öffentlichen Belangen verpflichteten Denkmalschutzes, wie er bereits im Gesetz stünde. Erinnerungskultur, so eine mündliche und schriftliche Wortmeldung, sei ein Zukunftsthema und demzufolge müssten viel stärker als bisher auch junge Menschen in die Debatte einbezogen und nicht weiter ausgeschlossen werden.

Räume des Sagbaren für Betroffene schaffen

Die Wut der Betroffenen, so ein weiterer Beitrag, brauche eine Adresse, und neben dem Dialog müssten auch die Emotionen der Repressierten artikulierbar sein. In diesem Zusammenhang betonte Bley nochmals die Notwendigkeit geschützter Räume, in denen sich Betroffenen äußern

könnten, und machte deutlich, dass eine Aussöhnung zwischen früheren Täter:innen und Opfern unwahrscheinlich sei und der Leidenserfahrung der Betroffenen auch nicht gerecht werde.

Die BStU-Außenstelle mit einer lokalen und professionellen Erinnerungsarbeit vor der Schließung bewahren

Michael Köllner, Leiter der BStU-Außenstelle Neubrandenburg machte aus dem Publikum heraus auf den Umstand aufmerksam, dass in Neubrandenburg die kleinste Außenstelle von einer Schließung bedroht sei, sollten dort gelagerte Akten nicht mehr für die Zukunft gesichert werden können. Zudem interessierten sich vermehrt junge Menschen für den Geheimdienstkomplex der DDR. Auch aus seiner Sicht würde sich ein temporärer Zugang zur ehemaligen Haftanstalt lohnen. Bley stimmte Köllner zu, indem er die Verbindung von Erinnerung und Archivierung an einem Ort als wichtiges Merkmal einer faktenbasierten Erinnerungsarbeit herausstellte. Birger Maßmann von der Stadtverwaltung Neubrandenburg wiederum betonte die Wichtigkeit einer zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg zur lokalen DDR-Erinnerung forderte, dass es hierfür mehr professionelle Strukturen und pädagogische Konzepte brauche.

Darüber nachdenken, wie besonders junge Menschen für DDR-Geschichte begeistert werden können

In ihrem Schlusskommentar sammelte und sortierte Elena Demke die diskutierten Argumente noch einmal. Sie endete mit dem Hinweis, dass eine ernstgemeinte partizipative Erinnerungsarbeit mit Jugendlichen zunächst mit der Frage beginnen sollte, inwiefern eine solche Arbeit von ihnen überhaupt gewünscht sei. Was genau bräuchten junge Menschen, um sich mit dem Themenkomplex DDR und gesellschaftlicher Unterdrückung auch in Zukunft zu befassen? Welche Bedeutung wohne den Erfahrungen der Betroffenen von 1989 für die Gegenwart und für die Zukunft inne? Junge Menschen in die Erinnerungsarbeit einzubeziehen, bedeute zuallererst, ihre Belange und Wünsche ernst zu nehmen.